

Protokoll der gemeinsamen öffentlichen Sitzung der Stadtteilbeiräte Findorff, Walle und Gröpelingen am 23.02.2021 Online-Konferenz

Beginn der Sitzung: 18.30 Uhr

Fi.: Nr.: XIII/01/21

Ende der Sitzung: 21:30 Uhr

Wa.: Nr.: XIII/02/21

Grö.: Nr.: XIII/02/21

<u>Stadtteilbeirat Gröpelingen</u>	<u>Stadtteilbeirat Walle</u>	<u>Stadtteilbeirat Findorff</u>
<u>Anwesend sind</u>	<u>Anwesend sind:</u>	<u>Anwesend sind:</u>
Frau Marion Bonk	Frau Kerstin Eckardt	Frau Anke Bittkau
Herr Bernd Brejla	Frau Karen Emmenecker	Frau Marcella Dammrat-Tiefensee
Frau Birgit Erdogan	Frau Brigitte Grziwa-Pohlmann	Frau Beatrix Eißer
Herr Mehmet Genc	Herr Roland Heinsch	Frau Helga Eule
Frau Gabriela Grosch	Herr Jens Hirschberg	Herr Mokhtar Hashemzadeh-Atouie
Herr Rolf Heide	Herr Gerald Höns	Herr Kevin Helms
Herr Norbert Holzapfel	Herr Thorsten Jahn	Herr Ulf Jacob
Herr Arndt Overbeck	Herr Marco Juschkeit	Herr August Kötter
Frau Ute Pesara-Krebs	Frau Adelarisa Kedenburg	Herr Dietmar Lange
Herr Martin Reinekehr	Herr Dr. Henry Knobbe-Eschen	Herr Marcel Gaytan-Manriquez
Herr Senihad Sator	Herr Franz Roskosch	Herr Oliver Otwiaska
Herr Dieter Steinfeld	Herr Dr. Karsten Seidel	Herr Janos Sallai
Herr Rolf Vogelsang	Herr Jörg Tapking	Herr David Theisinger
Frau Barbara Wulff	Frau Brunhilde Wilhelm	Frau Claudia Vormann
Herr André Zeiger	Frau Nicoletta Witt	Frau Anja Wohlers

An der Teilnahme verhindert sind:

<u>Stadtteilbeirat Gröpelingen</u>	<u>Stadtteilbeirat Walle</u>
Herr Stefan Kliesch	Frau Anja Meyer-Heder
Frau Rosemarie Kwidzinki	Herr Jürgen Pohlmann
Herr Dr. Lutz Liffers	

Gäste:

Herr Ronny Meyer – Staatsrat SKUMS
Herr Dr. Christian Vater – Die Bremer Stadtreinigung
Herr Heiko Fritschen – GRI e.V.
Sowie ca. 70 Interessierte

Als Tagesordnung wird vorgeschlagen:

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

TOP 2: Vorstellung Referat Ressortübergreifendes, Stadtteilbezogenes Quartiermanagement und Bürgerbeteiligung
dazu: Frau Gesa Wessolowski-Müller / Senatskanzlei

TOP 3: Entwicklungsplan 2024
Zukunft der Recyclingstationen Findorff und Oslebshausen
Dazu: Herr Staatsrat Ronny Meyer / SKUMS
Herr Dr. Christian Vater / Die Bremer Stadtreinigung DBS
Herr Heiko Fritschen / GRI e.V.

TOP 4: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

Die Vorsitzende begrüßt die Beiräte, die ReferentInnen, die VertreterInnen aus den Einrichtungen in den Stadtteilen und die interessierte Öffentlichkeit und stellt die weiteren MitarbeiterInnen des Ortsamtes vor, Herr Wilhelms für das Protokoll, Frau Contu für die RednerInnen-Liste und die noch zu vereinbarende Redezeitbegrenzung.

- Zunächst werden die Regularien für die Online-Video-Konferenz verkündet, die besagen, dass die Beiräte ihre Kameras aktivieren und die Mikrofone ausstellen. Gäste stellen Kameras und Mikros aus. Wortmeldungen erfolgen für alle über den Chat. Das Einstellen von Kommentaren ist untersagt, der Chat dient ausschließlich der Wortmeldungsfunktion.
- Da sich technische Kapazitätsengpässe in der Form einstellen, dass maximal 25 Personen auf dem Monitor gleichzeitig abgebildet werden können, wird angeregt, dass alle Beiratsmitglieder ihre Digitalkameras während der Vorträge der Referenten deaktivieren.
- Beiratsentscheidungen erfolgen gem. Absprache der drei Beiratssprecherinnen aus Gründen der Rechtssicherheit in namentlicher Abstimmung.
- In Anbetracht der großen Teilnehmerzahl wird die bewährte Praxis der Redezeitbegrenzung des Waller Beirates angewandt (in der Diskussion 2 min.). Die namentliche Abstimmung ergibt folgendes Ergebnis: Zustimmung von allen drei Beiräten (jeweils einstimmig).
- Aus gegebenem Anlass ergeht der Hinweis, dass gem. § 14 Abs. 5 des Beiräteortsgesetzes Bild- und Tonübertragungen, insbesondere in der Absicht, sie anschließend in soziale Netzwerke zu stellen, unzulässig sind.
- Weiterhin ergeht die Ankündigung, dass im Anschluss an die gemeinsame Sitzung eine separate Sitzung des Beirates Findorff stattfinden wird.

TOP 1: Feststellung der Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

- Die Beschlussfähigkeit wird für alle drei Beiräte festgestellt.
- Zur Tagesordnung wird verkündet, dass TOP 2 krankheitsbedingt entfällt. Mit dieser Änderung wird der Tagesordnung in namentlicher Abstimmung zugestimmt (Findorff und Gröpelingen einstimmig, Walle mit einer Enthaltung).

TOP 2: Vorstellung Referat Ressortübergreifendes, Stadtteilbezogenes Quartiermanagement und Bürgerbeteiligung

-Entfällt-

TOP 3: Entwicklungsplan 2024 - Zukunft der Recyclingstationen Findorff und Oslebshausen

Erläuternd führt die Vorsitzende eingangs aus, dass eine eingehende Befassung zu diesem Themenkomplex bereits stattgefunden hat und die Planungen zur Umstrukturierung der Recyclingstandorte bekannt sind. Die heutige Aussprache dient vor allem dazu, den Fragebedarfen aus Beiräten und Bevölkerung im Bremer Westen Rechnung zu tragen.

Die Planungen der DBS hatten erheblichen Protest nach sich gezogen, einer Petition, die sich für den Erhalt des Findorffer Standortes in seiner Bestandsform ausspricht und am 05.03.2021 ausläuft, haben sich tagesaktuell bereits 3.863 BürgerInnen per Unterschrift angeschlossen.

Eingangs führt Staatsrat Meyer aus, dass dem vorgestellten Reformkonzept, das im Erfahrungsaustausch mit vergleichbaren Großkommunen wie bspw. Leipzig entwickelt worden sei, noch keine Umsetzungsreife zukommt. Es spiegelt vielmehr einen Verfahrensstand wider, der nun mit der Ortspolitik ergebnisoffen erörtert wird. Demgemäß dient die Beiratsbefassung am heutigen Tage dem Ideenaustausch, wobei neu vorgetragene Gedanken und Einwänden die Chance eingeräumt wird, in das abschließende Konzept einzufließen.

Anhand einer Präsentation (Anlage 1) geht Herr Dr. Vater sodann auf die offen gebliebenen Fragen aus den Beiräten ein.

- In diesem Zusammenhang werden die Vorteile des unterbreiteten Konzeptes mit Blick auf die Gebührengerechtigkeit hervorgehoben, da nunmehr eine Erhebungspraxis vor Ort direkt an die Abfallherkunft anknüpfe.

- DBS-seitig wird zudem nachdrücklich auf die Auslastungsgrade der einzelnen Standorte abgehoben, die ausweislich der statistisch aufbereiteten Faktoren „Kundenaufkommen“, „Abfallmengen“ und „Abfallmenge pro Kunde“ unterschiedlich ausfallen. In der Interpretation dieser Zahlen ergibt sich eine geringere Auslastungssituation für die Standorte Findorff und Oslebshausen; dem Schwerpunkt nach werden hier Grünabfälle und geringere Mengen an Altmetall abgeliefert. Die Effektivität ist insofern zu hinterfragen, als Leichtverpackung und Papier über die „Gelben Säcke“ abgedeckt werden kann.
- Auch die deutlichen saisonalen Schwankungen der Anlieferungsmengen sollen aus Sicht der DBS zu Abstrichen bei den kleineren Stationen führen.
- Dem Zentralisierungsgedanken liegt vor allem auch eine Kosteneinsparungsidee zugrunde, da hierüber perspektivisch erhebliche Mietleistungen entfallen.
- Herr Dr. Vater unterstreicht, dass alle Varianten zuvor durchgerechnet wurden, betont aber gleichzeitig, dass es sich im momentanen Stand lediglich um eine modellhafte Taxation handelt, nicht aber um eine verbindliche Gebühren-Bedarfsrechnung.
- Gleichwohl deuten die modellierten Zahlenwerke auf eine Gesamtverteuerung für die NutzerInnen hin, sofern am Status quo festgehalten werden soll.

In der anschließenden Diskussion werden folgende Aspekte aufgegriffen:

- Aus Sicht der Gröpelinger Recyclinghof-Initiative (GRI e.V) steht mit einer Umsetzung des DBS-Reform-Konzeptes zu erwarten, dass ein Abbau von Standorten und Öffnungszeiten unweigerlich mit einem verringerten Spendenaufkommen verbunden wäre. Herr Fritschen spricht sich daher nachdrücklich für die Beibehaltung des Ist-Zustandes aus.
- VertreterInnen der drei betroffenen Beiräte heben hervor, dass eine wohnortnahe Versorgungsstruktur als unerlässlich angesehen wird, außerdem wird im Hinblick auf mögliche verringerte Öffnungszeiten darauf aufmerksam gemacht, dass die Nutzergruppe der Berufstätigen keine ausreichende Berücksichtigung findet.
- Mit Blick auf Erwägungen der Gebührenkalkulation wird beiratsseitig zudem eingewendet, dass im Zeichen der Rekommunalisierung des Recyclingwesens der Aspekt der Daseinsvorsorge Vorrang vor finanziellen Erwägungen zu einzuräumen sei.
- Außerdem wird beklagt, dass die Datenbasis (insbesondere mit Blick auf die Abfallarten) keinen seriösen Vergleich und eine daraus abgeleitete Abwägung bei den Standortfragen zulasse.
- Auch wird unter Verweis auf die „GRI e.V.“ an die soziale Verantwortung ggü. den Beschäftigten des zweiten Arbeitsmarktes appelliert.
- Mit Blick auf die angesprochenen Ausweichmöglichkeiten bei der Entsorgung von Verpackungsmüll wird eingewandt, dass vielen Haushalten die Lagerungskapazitäten schlicht fehlen.
- Insgesamt wird mit Blick auf das Bremische Netz der Recyclingstationen eine ohnedies bestehende strukturelle Benachteiligung des Westens ausgemacht, die sich noch verschärfe, wenn der Bestand zurückgefahren werden sollte.
- Ein möglicher Standortabbau sowie die Verringerung von Öffnungszeiten wirkt sich aus Beiratssicht zudem kontraproduktiv auf die CO₂-Bilanz aus, zumal entlegene Standorte nur per PKW zu erreichen seien, demgegenüber die wohnortnahe Versorgung fußläufig-klimafreundliche Wege mit sich brächten.

In seiner Entgegnung verweist Herr Dr. Vater auf

- die besonderen strukturellen Herausforderungen, die eine dezentrale Struktur mit sich bringt. Gerade unter den Bedingungen der schwelenden Corona-Pandemie sei es besonders schwierig, die Bestandsstationen mit entsprechend geschultem Personal auszustatten.
- Außerdem gehen angesichts der begrenzten Personalkapazitäten die erforderlichen separaten Rüstzeiten an den zahlreichen Standorten nicht mit dem Effizienzgedanken konform.
- Abschließend betont Herr Dr. Vater, dass das Kostenabwehr-Argument ausdrücklich auch den Aspekt einer bürgerfreundlichen Angebotsstruktur berühre.

Aufgrund der engen Fristsetzung, werden sich die drei Beiratssprecherinnen zeitnah über das weitere Vorgehen entscheiden. Der eingereichte Antrag der SPD-Fraktionen der Beiräte Findorff, Walle und Gröpelingen (Anlage 2) kann ggf. als Grundlage einer gemeinsamen Stellungnahme der drei Beiräte dienen.

TOP 4: Mitteilungen des Amtes / Verschiedenes

- Die Vorsitzende weist die Mitglieder des Beirates Walle darauf hin, dass für ein am 24.02.2021 auslaufendes Umlaufverfahren zu vier Haushaltsanträgen noch nicht alle Rückmeldungen eingegangen sind.
- Der Vertreter der AfD stellt einen Antrag vor, der erst bei der nächsten Sitzung des Beirates Walle behandelt werden kann. Die Behandlung von stadtteilspezifischen Anträgen war bei der Vorbereitung der Sitzung nicht vorgesehen und unter TOP „Verschiedenes“ werden keine Beschlüsse gefasst. Bei dem Antrag handelt es sich um die Gründung eines Geschäftsführungsausschusses, wie es kürzlich im Beirat Hemelingen aufgrund eines Gerichtsurteils erfolgt ist.
- Der Vertreter der AfD gibt eine persönliche Erklärung ab.

Vorsitzende

Protokoll:

-Ulrike Pala-

-Ingo Wilhelms-

**Stellv. Sprecherin
Stadtteilbeirat Walle**

**Sprecherin
Stadtteilbeirat Findorff**

**Sprecher
Stadtteilbeirat Gröpelingen**

-Brunhilde Wilhelm-

-Anja Wohlers-

-Barbara Wulff-

Anlagen